

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

14.05.2019

Ausschussbetreuender Fachbereich

Soziale Stadtentwicklung

Schriftführung

Sabah Chahbari

Telefon-Nr.

02202-142690

Niederschrift

Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach
Sitzung am Donnerstag, 11.04.2019

Sitzungsort

**Rathaus Gladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1,
51465 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:41 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Integrationsratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Berichte über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Integrationsrates am 07.02.2019
0156/2019**
- 4 Mitteilung des Vorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6 Budget des Integrationsrates**
0109/2019
- 7 Information über die aktuelle Flüchtlingssituation in Bergisch Gladbach**
0161/2019
- 8 Kinderbetreuung im "DeutschLernTreff" in der Kontaktstelle im Wohnpark Bensberg (KiWo)**
0119/2019
- 9 Jahresbericht 2018 "DeutschLernTreff" mit Kinderbetreuung**
0155/2019
- 10 Jahresbericht 2018 vom ExAzubiTreff des GL Service gGmbH**
0146/2019
- 11 Jahresbericht 2018 - "Power-Frauen" der 180° Wende**
0162/2019
- 12 Veranstaltungen in der Themenreihe "Integration im Dialog"**
0147/2019
- 13 Finanzierte Projekte aus dem Integrationskonzept**
0105/2019
- 14 Änderungen des § 27 in der Gemeindeordnung NRW**
0164/2019
- 15 Anfragen der Integrationsratsmitglieder**
0107/2019
- 16 Anträge der Integrationsratsmitglieder**
- 17 Anfrage der Integrationsratsmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Integrationsratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Basyigit, eröffnet die 24. Sitzung des Integrationsrates in der laufenden Wahlperiode und stellt fest, dass diese ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde. Entschuldigt sind Herr Cromme, Herr Sladkowski, Herr Iyilik, Frau Münzer und ihre Vertretung Herr Dr. Bernhauser, Herr Krasniqi, der von Frau Holz-Schöttler sowie Herr Dresbach, der von Frau Stauer vertreten wird.

Herr Basyigit heißt Herrn Karakus als neues Mitglied des Integrationsrates herzlich willkommen und vereidigt ihn.

Die Tischvorlage „Integration durch Sport – Ein Jahr kostenlose Mitgliedschaft in einem Sportverein für Schulanfänger“ von Herrn Samirae, Herrn Tollih und Herrn Basyigit wird zurückgezogen.

Herr Tillmann erläutert in diesem Zusammenhang, dass die möglicherweise für den Sportverband entstehenden Mehrkosten in den angesetzten zwei Jahren Laufzeit des Projektes seitens des Stadtsportverbandes (SSV) getragen werden würden.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift der vergangenen Sitzung wird bei Enthaltungen von Frau Dönmez und Herrn Samirae genehmigt.

3. Berichte über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Integrationsrates am 07.02.2019 0156/2019

Herr Schacht fragt nach dem aktuellen Stand des in der letzten Integrationsratssitzung entstandenen Gedankens, einen weiteren „DeutschLernTreff“-Termin in der KiWo einzurichten. Frau Chahbari informiert die Mitglieder darüber, dass sich die Erweiterung auf einen zusätzlichen wöchentlichen Termin, sich noch in der Beratungsphase befände, da der Bedarf für einen weiteren Termin geprüft werden müsse.

4. Mitteilung des Vorsitzenden

Herr Basyigit informiert über die stattgefundenen Veranstaltungen, die teilweise vom Integrationsrat mitfinanziert wurden. Er bedauert sehr, dass sich bei vielen Veranstaltungen nur bestimmte Mitglieder des Integrationsrates beteiligten bzw. daran teilnahmen.

Die Veranstaltung, am 25. März 2019, im Laurentiushaus von dem Kölner Verein *agisra e.V.* abgehalten, war eine „Informationsveranstaltung zum Thema Genitalverstümmelung“. Frau Stauer regt an, zu diesem Thema eine Theateraufführung anzubieten, um über diesen Weg Aufklärungsarbeit zu leisten.

Herr Basyigit erklärt, dass es sich bei der Veranstaltung um eine Informationsveranstaltung für die breite Öffentlichkeit handelte und nicht nur für betroffene Frauen gedacht war. Für diese Zielgruppe bietet die „Anlauf- und Beratungsstelle für alleinreisende und alleinerziehende Frauen (AnBe)“ monatlich Termine in Kooperation mit *agisra* e.V. an.

Eine weitere Veranstaltung fand am Sonntag, 31. März 2019, statt.

HeurekaNet e.V. entwickelte mit Schüler*innen aus Bergisch Gladbach ein Musical zum Thema Nationalismus unter dem Titel:

„1918/2018 – Der erste Weltkrieg und sein Erbe“.

Herr Basyigit berichtet über seinem gewonnenen Eindruck, welches ein sehr bedrückendes Thema bearbeitete. Er lobte die Schüler*innen für ihre Leistung und dafür, die Aufführung und das Thema sehr emotional auf der Bühne umgesetzt zu haben.

Herr Basyigit schlägt vor, das Musical auch anderen Schulen zu präsentieren und würde sich diesbezüglich gerne mit der Stadtverwaltung beraten.

Herr Basyigit erinnert die Mitglieder des Integrationsrates daran, dass am kommenden Mittwoch, 17. April 2019, um 17:00 Uhr, im Stadthaus Bergisch Gladbach, 1. Etage, Raum 126, das „Vorbereitungstreffen für die Markttage“ stattfindet und bittet um Teilnahme.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Tillmann informiert die Mitglieder des Integrationsrates darüber, dass die bisher auf 2 Jahre befristete Stelle von Frau Mrziglod als „Integrationsbeauftragte für Geflüchtete“ entfristet wurde.

Des Weiteren berichtet Herr Tillmann über die Situation der „Anlauf- und Beratungsstelle für alleinreisende und alleinerziehende Frauen (AnBe)“.

Die Stadtverwaltung hat mit der Leitung, der Frauenberatungsstelle „Frauen helfen Frauen“ Frau Gerda Gelen zum Thema „Finanzierung der Maßnahme AnBe“ sehr intensive Gespräche geführt. Die Finanzierung von AnBe ist durch Zuschüsse der ARD-Fernsehlottterie nur bis August 2019 gesichert. Die Stadtverwaltung ist der Ansicht, dass die Einrichtung sinnvolle Arbeit leistet, dass diese Arbeit weitergeführt werden soll. Allerdings besteht eine Deckungslücke in Höhe von 18.000 €. Um diese schließen zu können, hofft die Stadtverwaltung darauf, eine umfängliche Spende eines Bergisch Gladbacher Unternehmens zu erhalten. Diese würde aber vermutlich nicht die gesamte Summe abdecken. Aus diesem Grund appelliert Herr Tillmann an den Integrationsrat, sich ebenfalls finanziell zu beteiligen.

Zum Thema „Integrationskonzept“ informiert Herr Tillmann darüber, dass die Fortschreibung sich in der Endredaktion befände und die zahlreichen Hinweise und Ergebnisse aus den einzelnen Arbeitsgruppen und die öffentlichkeitsorientierten Befragungen (Markttage und Online-Befragung) in das neue Konzept eingearbeitet werden und mehr Zeit als vorgegeben benötigt würden. Das fortgeschriebene Integrationskonzept soll den Gremien im Sommer 2019 vorgestellt werden. Es wird zuerst dem Integrationsrat vorgelegt, um es anschließend im Rat beschließen zu lassen.

6. Budget des Integrationsrates 0109/2019

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

7. Information über die aktuelle Flüchtlingssituation in Bergisch Gladbach
0161/2019

Frau Tillmann erläutert die Vorlage.

Herr Tollih wendet sich mit der Frage an Frau Tillmann, um welche Wohnraumtypen es sich bei den neu abgeschlossenen Mietverträgen (Ein- bis Zwei Raum-Wohnungen oder auch größere) handele?

Frau Tillmann weist darauf hin, dass der Stadtverwaltung nur wenige Wohnungen angeboten wurden. Es wurden auch größere Wohnungen angemietet, um mehrere Einzelpersonen unterzubringen. Zwei Wohnungen wurden seitens der Stadtverwaltung als Wohngemeinschaften (WG) angemietet. Es wird darauf geachtet, dass Personen zusammenziehen, die gut miteinander auskommen können sollten, um möglichen Konflikt- und Problemsituationen entgegenzuwirken.

Auf die Frage von Frau Dönmez zur Befristung der Mietverträge, erläutert Frau Tillmann, dass die Rechtslage zu einer Befristung durch die Rechtsabteilung der Stadtverwaltung geprüft wurde. Herr Stein und der Bürgermeister haben sich dafür ausgesprochen, Zeitverträge über zwei Jahre abzuschließen. Allerdings lassen sich die Mietverträge laut Rechtsabteilung rechtlich nicht auf zwei Jahre befristen. Daher hat die Rechtsabteilung dem Fachbereich Jugend und Soziales eine Formulierung an die Hand gegeben, die den Mietverträgen beigefügt werden. Dieser Zusatz besagt, dass nach zwei Jahren, sollte der Vermieter keinen Anlass zur Beschwerde haben, der Mietvertrag von der Stadtverwaltung auf die Mieter übergeht.

Ergänzend möchte Frau Dönmez wissen, wie es im Falle einer Unzufriedenheit des Vermieters mit den Mietern dennoch realisiert werden kann, dass diese in den Wohnungen bleiben können. Frau Tillmann erklärt am Beispiel der Wohngemeinschaften, dass Einzelpersonen oder Familien in den neu angemieteten Wohnungen durch Sozialarbeiter*innen, wenn keine Ehrenamtler*innen eingebunden sind, unterstützt werden. Damit soll denkbaren Schwierigkeiten entgegengewirkt werden. Bei unlösbaren Konflikten zwischen Mieter*innen und/oder Vermieter*innen besteht die Option, in gegenseitigem Einverständnis, die Mieterstruktur passender zu organisieren.

Herr Tollih erkundigt sich, ob die Auflagen für die Anmietung einer Wohnung für Geflüchtete auf die Quadratmeterzahl oder die Anzahl der Räume einer Wohnung beziehen.

Frau Tillmann erläutert, dass die Stadtverwaltung an die Richtlinien des Rheinisch-Bergischen Kreises gebunden ist. Diese legt für die Berechnung der Unterkunftskosten die maximale Warmmiete fest (Kaltmiete und Heizkosten).

Hinweislisten liegen u.a. im Jobcenter aus oder stehen online zum Downloaden bereit. Diese Listen zeigen welche Kriterien erfüllt sein müssen. Es können mehrere Personen gemeinsam eine größere Wohnung beziehen, also eine WG bilden.

Herr Basyigit fragt bei Frau Tillmann nach, was nach der Schließung der Übergangswohnheime in der Franz-Heider-Straße mit den Containern geschehen wird.

Frau Tillmann erklärt, dass das Grundstück zu den dortigen Sportplätzen der Schule gehöre. Für die Weiternutzung der Container wurde der Bedarf innerhalb der Stadtverwaltung geprüft. Des Weiteren wird geprüft, ob der Fachbereich 4 „Bildung, Schule, Kultur und Sport“ das mehrstöckige Covestro-Gebäude übernehmen kann. Baurechtliche Fragen sind noch zu klären, aber die Absichtserklärungen lägen vor.

Die ehrenamtlich betriebene Fahrradwerkstatt, bleibt vor Ort und wird an die Schule (IGP) angebunden.

8. **Kinderbetreuung im "DeutschLernTreff" in der Kontaktstelle im Wohnpark Bensberg (KiWo)**
0119/2019

Herr Basyigit bedankt sich bei der Stadtverwaltung für die beantragten Mittel über den LVR Antrag zur „Wertevermittlung, Demokratiebildung und Prävention sexualisierter Gewalt in der und durch die Jugendhilfe“ in Höhe von 1.056 € und damit das Budget des Integrationsrates entlastet zu haben.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

9. **Jahresbericht 2018 "DeutschLernTreff" mit Kinderbetreuung**
0155/2019

Auf die Anfrage von Herrn Basyigit zum Jahresbericht „DeutschLernTreff“ hinsichtlich der Anmeldung und Teilnahme der Frauen, berichtet Frau Chahbari, dass die Teilnehmerinnen sich nicht explizit anmelden müssen, aber ihre Teilnahme regelmäßig erfolgt.

Auf die Frage von Herrn Basyigit, wie das Lernen funktionieren kann, wenn sich in einem Raum der „DeutschLernTreff“ und die Kinderbetreuung befinden, erklärt Frau Chahbari, dass keine weiteren Räume zur Verfügung stehen. Die Kinder allerdings sehr jung seien (0-3 Jahre) und die Erfahrung zeige, dass sowohl die Kinder, als auch die Mütter relativ entspannt sind, wenn sie sich gegenseitig, in der Nähe wissen. Zum anderen handelt es sich um einen recht großen Raum von rund 80 qm mit einer guten Akustik.

Auf die Frage nach einer Zertifizierung für die Teilnehmenden erläutert Frau Chahbari, dass der „DeutschLernTreff“ in erster Linie dazu diene, die Teilnehmenden zu alphabetisieren, zum Deutsch sprechen zu motivieren und sie dazu zu ermuntern, die anderen Angebote in der KiWo kennenzulernen und zu nutzen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

10. **Jahresbericht 2018 vom ExAzubiTreff des GL Service gGmbH**
0146/2019

Herr Basyigit möchte zu der Veranstaltung „Mein Beruf, meine Zukunft“, bei dem auch der „ExAzubiTreff“ im Berichtsjahr 2018 teilgenommen hat, wissen, wie regelmäßig die Veranstaltung stattfindet.

Herr Tollh berichtet, dass die Veranstaltung des Koordinierungsbüros „Übergang Schule-Beruf“ des Rheinisch-Bergischen Kreises und des Kommunalen Integrationszentrums jährlich stattfindet. Im Jahr 2018 bereits zum dritten Mal im Berufskolleg. Bei dieser Veranstaltungsreihe „Mein Beruf, meine Zukunft. Mit Ausbildung zum Erfolg!“ gehört es zum Konzept, Migrantenorganisationen als Kooperationspartner*innen zu gewinnen. Im Jahr 2018 war es der Albanisch-Islamische-Kulturverein e.V. und im Jahr zuvor Miteinander e.V.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

11. **Jahresbericht 2018 - "Power-Frauen" der 180° Wende**
0162/2019

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

12. Veranstaltungen in der Themenreihe "Integration im Dialog"
0147/2019

Die Veranstaltung „Deradikalisierung durch Intervention – Präventionsprogramm gegen gewaltbereiten Salafismus“ in der Themenreihe „Integration im Dialog“ beginnt, anders als angekündigt, um **16:30 Uhr** im Ratssaal der Stadt Bergisch Gladbach.

In diesem Kontext macht Herr Basyigit auf die Veranstaltung „Rassismus und Diskriminierung – Was hat das mit mir zu tun?“ am Samstag, 18. Mai 2019, 10:00 – 16:00 Uhr im Laurentiushaus aufmerksam und bittet Interessierte, sich bei der Integrationsbeauftragten, Frau Chahbari, anzumelden.

Herr Tollih regt an, die beiden Veranstaltungen öffentlich zu bewerben.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

13. Finanzierte Projekte aus dem Integrationskonzept
0105/2019

Herr Tollih verweist auf die Summe der im Rahmen des „Integrationskonzeptes“ bewilligten Maßnahmen und stellt die Frage an die Verwaltung, ob es eine Deckungslücke gäbe.

Herr Tillmann erklärt, dass in der Annahme, dass das neue Integrationskonzept auch neue Maßnahmen notwendig macht, die Ansätze in dem Haushaltsjahr 2019/2020 erhöht worden seien, deshalb entstehe keine Deckungslücke.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

14. Änderungen des § 27 in der Gemeindeordnung NRW
0164/2019

Auf die Frage von Frau Dönmez, welches Gremium (Integrationsrat oder Integrationsausschuss) die Stadtverwaltung zu diesem Thema bevorzuge, antwortet Herr Basyigit, dass der Integrationsrat zuerst eine Position haben müsse. Erst dann könne an den Rat und/oder die Fraktionen herantreten werden.

Herr Ljura und Herr Weber bekräftigen, dass es wichtig und notwendig sei, dass der bestehende Integrationsrat sich auf eine gemeinsame Position festlegen müsse.

Herr Samirae erinnert daran, dass der letzte Integrationsrat beim Übergang von der letzten zu der aktuellen Amtsperiode in seiner Übergangsregelung beschlossen hatte, die neue Geschäftsordnung festzulegen. Daher empfiehlt Herr Samirae, dass sich der Integrationsrat noch in diesem Sommer mit der Thematik auseinandersetzt, um dem Rat eine Beschlussempfehlung vorlegen zu können. Dadurch würde dem Integrationsrat Zeit bleiben sich zu organisieren, um sich vor der Wahl eine neue aktuelle Geschäftsordnung geben zu können.

Herr Basyigit macht darauf aufmerksam, dass diese Entscheidung vor den Wahlen im Jahr 2020 fallen müsse, weil die Wahlzettel mit dem zu wählenden Gremien bezeichnet werden würden.

Herr Tollih schlägt zur Klärung der Frage „Integrationsrat oder Integrationsausschuss“ vor, einen Arbeitskreis bestehen aus dem Vorstand, der Stadtverwaltung und der Integrationsbeauftragten zu bilden, um eine Beschlussempfehlung aufzusetzen, diese anschließend dem Rat vorzulegen, um darauf aufbauend die Strukturen für weitere fünf Jahre nach der Wahl vorzugeben.

Herr Tillmann bekräftigt, dass die Verwaltung das Votum des Integrationsrates zur Grundlage machen würde und zitiert einen Abschnitt aus der Anlage:

„Die Zukunft der Integrationsräte in NRW

Das Plenum des Landtages NRW hat am 12. Dezember 2018 die Änderung des § 27 GO NRW beschlossen. Am 29. Dezember 2018 trat das neue Gesetz in Kraft.

Der Vorstand und die Vorsitzenden empfehlen der Mitgliederversammlung auf Basis ihrer Beratungen am 26.01.2019 bzw. am 16.02.2019, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Mitgliederversammlung spricht sich für die Fortführung der Integrationsräte als Gremium zur kommunalen politischen Partizipation von Migrantinnen und Migranten aus. Der Integrationsausschuss gestattet keine bessere politische Teilhabe. Die Mitgliederversammlung sieht insbesondere die den Ratsmitgliedern im Integrationsausschuss überlassene Möglichkeit kritisch, sachkundige Bürger anstelle von Ratsmitgliedern in das Gremium zu bestellen. Hierdurch kann die Zahl der Ratsmitglieder im Integrationsausschuss verringert und so das Prinzip der Verzahnung mit dem Rat und den Fraktionen abgeschwächt werden.“

Herr Tillmann bestärkt die Aussage von Herrn Tollh und macht darauf aufmerksam, dass das Gremium zu einer gemeinsamen Beschlussfassung kommen sollte.

Frau Dönmez macht darauf aufmerksam, dass Menschen mit Migrationshintergrund / internationaler Geschichte im allgemeinen Diskurs im Fokus stünden. Infolgedessen sollte die Rolle des Integrationsrates nicht bagatellisiert werden. Neben den Mitgliedern, die aus den einzelnen Fraktionen in den Integrationsrat entsandt worden sind, besteht das Gremium auch aus Mitgliedern verschiedener Listen. Es handelt sich hierbei um Menschen, die in Vereinen arbeiten und unmittelbaren Kontakt zu Menschen mit internationalen Geschichten haben. Dieser direkte Kontakt ist für die Arbeit des Integrationsrates von immenser Bedeutung.

Frau Dönmez möchte die Wahrnehmung der Aufgabe des Integrationsrates nicht ausschließlich Politiker*innen überlassen. In den unterschiedlichen Ausschüssen würde deutlich werden, dass das Thema „Rassismus und Diskriminierung“ verkannt wird und es in diesem Zusammenhang wichtig sei, dass der Integrationsrat als Kontrollinstanz agiert. Zudem berichtet sie, dass sie regelmäßig in den Unterlagen wie beispielsweise dem Jugendhilfeausschuss (JHA), auf diskriminierende Formulierungen und Äußerungen stoße und die Themen der Menschen mit internationaler Geschichte ausschließlich aus einer defizitorientierten Sicht betrachtet werden. Hier fehle die Sensibilität, dieser Verantwortung könne nur der Integrationsrat gerecht werden. Es sei ihr wichtig, dass das Gremium selbst die Entscheidung treffe und diese Aufgabe nicht den Fraktionen überlassen werden kann.

Herr Karakus ist der Ansicht, dass der Integrationsrat sich in dieser Frage beraten lassen müsse.

Herr Basyigit stimmt Herrn Karakus zu und schlägt vor, beim Landesintegrationsrat NRW eine/n Berater*in für die nächste Sitzung am 6. Juni 2019 einzuladen.

Herr Tollh schlägt zu diesem Thema einen Workshop vor, um sich über die Thematik auszutauschen, zu informieren und zu beraten, damit ein einheitlicher Konsens erzielt werden kann. Als Alternative schlägt Herr Tollh vor, dieses Thema als einen Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung aufzunehmen.

Frau Holz-Schöttler findet die Idee begrüßenswert, das Thema „*Integrationsrat oder Integrationsausschuss*“ in der nächsten Sitzung als ein Hauptthema zu behandeln begrüßenswert.

Herr Ljura ist der Ansicht, dass Herr Tollh seinen Vorschlag als Antrag formulieren und der Integrationsrat darüber abstimmen sollte.

Herr Tollh formuliert seinen Antrag:

Für die folgende Integrationsratssitzung und/oder in einem Workshop soll ein Mitglied des Landesintegrationsrates zur Beratung, mit dem Ziel, eine Beschlussfassung zu formulieren, eingeladen werden.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Nach Rücksprache mit Frau Chahbari gibt Herr Tillmann die Rückmeldung, dass seitens der Stadtverwaltung ein Mitglied des Integrationsrates für die folgende Sitzung eingeladen werden würde. Dieses soll umfassend zu diesem Thema informieren, damit der Integrationsrat einen Beschluss fassen könne.

Nach Rücksprache mit dem Landesintegrationsrat wird voraussichtlich Herr Sakal in der 26. Integrationsratssitzung, 29. August 2019 um 17:00 Uhr, zum Thema §27 GO NRW referieren und Fragen beantworten.

15. Anfragen der Integrationsratsmitglieder
0107/2019

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

In einer Diskussion stellen sich die Anwesenden die Frage, warum bestimmte Mitglieder unentschuldigt fernbleiben und damit die Arbeit des Integrationsrates erschweren.

Es wird zudem festgestellt, dass die Arbeit im Integrationsrat, anders als zu Beginn der Wahlperiode, strukturierter und konstruktiver verläuft und viele sinnvolle Maßnahmen in die Wege geleitet bzw. finanziell unterstützt worden sind.

Frau Stauer weist darauf hin, dass in den anderen Gremien wie beim Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann (ASWDG) das Thema „Integration“ in den unterschiedlichsten Bereichen wie bspw. Schulen mitgedacht wird.

Das Thema „Altern in der Migrationsgesellschaft“ als eine neue Herausforderung wird angesprochen, auch im Kontext des Pflegenotstandes.

16. Anträge der Integrationsratsmitglieder

Es werden keine Anträge gestellt.

17. Anfrage der Integrationsratsmitglieder

Es werden keine Anfragen gestellt.

Herr Basyigit nennt wichtige Termine und bittet die Mitglieder sich diese zu notieren.

Der erste Termin findet am Mittwoch, **8. Mai 2019** statt und ist eine Veranstaltung des Caritasverbandes für den Rheinisch-Bergischen Kreis e.V., „Fachdienst Integration und Migration (FIM)“. Der Fachdienst zeigt im Kino Cineplex in Bensberg den Film „Ein deutsches Leben“.

Herr Basyigit bittet Frau Hänsch, Leiterin des FIM, dazu einige Sätze zu sagen.

Frau Hänsch erläutert, dass dieser Film ein Portrait von Frau Brunhilde Pomsel ehemals Sekretärin des Reichspropagandaminister Joseph Goebbels, zum Thema „Nationalsozialismus“ sei und die Frage aufwirft „Was habe ich gewusst?“.

Der Gedankensprung und das Ziel des Films, ist es, aus der Geschichte zu lernen und die Gesellschaft zu bewegen, sich die Frage zu stellen, wie es zum Nationalsozialismus kommen konnte und ob es Parallelen mit den heutigen nationalistische und populistische politischen

Strömungen in Deutschland, gibt.

Frau Hänsch ergänzt, dass dieser Film eine Brücke schlagen kann, zu Fragen, „Was habe ich gewusst, was habe ich wann gewusst!“

Der Termin, 8. Mai, *Kriegsende*, wurde bewusst gewählt. Es soll ein Appell sein und sich mit der Frage beschäftigen: „Was weiß ich, was wissen wir?“.

Frau Hänsch lädt die Mitglieder des Integrationsrates herzlich ein, die Filmvorführung zu besuchen.

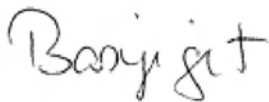
Am Sonntag, **5. Mai 2019**, findet zum 15ten Mal das Apfelblütenfest statt. Der Integrationsrat unterstützt die Veranstaltung mit 300 €.

Am Samstag, **18. Mai 2019**, findet eine Folgeveranstaltung des Katholischen Bildungswerk mit dem Titel „Rassismus und Diskriminierung – Was hat das mit mir zu tun?“ im Laurentiushaus 4-12, 51465 Bergisch Gladbach von 10:00 – 16:00 Uhr, statt.

Am Mittwoch, **22. Mai 2019**, findet in der Themenreihe des Integrationsrates „*Integration im Dialog*“ die Veranstaltung „Deradikalisierung durch Intervention – Präventionsprogramm gegen gewaltbereiten Salafismus“ im Ratssaal Bergisch Gladbach – Stadtmitte, um 16:30 Uhr, statt.

Am Sonntag, **29. September 2019**, findet das „Fest der Kulturen“ an der Gnadenkirche statt.

Herr Basyigit verabschiedet sich bei den Gästen und leitet zum nichtöffentlichen Teil über.



Saim Basyigit



S. Chahbari

